



AMNESTY INTERNATIONAL . Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
- 11. Senat -
Postfach 340148

80098 München

Ihre Nachricht vom
15.05.2019

Ihr Zeichen
11 B 19.30575

Unser Zeichen
EUR 46-19.009

Berlin, den
11.09.2020

VERWALTUNGSRECHTSSACHE EINES RUSSISCHEN STAATSANGEHÖRIGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Ihre Anfrage und bitten die verzögerte Beantwortung zu entschuldigen. Amnesty International nimmt zu den Fragen wie folgt Stellung:

1. Wie stellt sich die Situation Homosexueller in der Russischen Föderation dar? Wie ist die Haltung in der russischen Gesellschaft gegenüber gleichgeschlechtlichen Partnerschaften?

Amnesty International beobachtet in der Russischen Föderation eine staatlich geförderte Diskriminierung und Verfolgung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intergeschlechtlichen (LGBTI).¹ Berichte über die Diskriminierung von LGBTI sind an der Tagesordnung. Immer wieder gibt es gewaltsame Übergriffe gegen LGBTI-Personen.

Im Jahr 2013 wurde in Russland das „Gesetz zum Verbot der Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen gegenüber Minderjährigen“ (nachfolgend „Propaganda-Gesetz“) vom Parlament verabschiedet. Das von Präsident Putin Ende Juni 2013 unterzeichnete Gesetz führte Artikel 6.21 in das russische Gesetz über Ordnungswidrigkeiten ein. Er verbietet unter Androhung von erheblichen Geldstrafen, die „Propaganda nicht-traditioneller sexuelle Beziehungen gegenüber Minderjährigen“. Was unter einer solchen „Propaganda“ zu verstehen ist, bleibt im Gesetz extrem vage. Das Gesetz verbietet praktisch jegliche öffentliche Darstellung von Homosexualität.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied 2017, dass das sogenannte „Propaganda-Gesetz“ nicht mit dem in der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Recht auf Meinungsfreiheit und dem Diskriminierungsverbot vereinbar ist. Trotzdem wird das „Propaganda-Gesetz“ weiterhin aktiv durchgesetzt und genutzt, um Menschen und Organisationen zu verfolgen, die sich für die Rechte von LGBTI-Personen einsetzen. Seit der Einführung des Gesetzes wurden zahlreiche LGBTI-Aktivist_innen nach diesem Gesetz mit Geldstrafen belegt.

In der Antwort auf eine Große Anfrage vom März 2019 bezeichnet auch die Bundesregierung die Menschenrechtslage von LGBTI-Personen in Russland als „besorgniserregend“. Der Bundesregierung sei bekannt, „dass LGBTI-Personen regelmäßig Opfer von Diskriminierung und auch homophober

¹ Amnesty International (2020): Amnesty International Report 2019. URL: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/russische-foederation-russland-2019#section-11763841>

Gewalt werden. Insbesondere mit Verweis auf vermeintliche Jugendschutzbelange wird das ‚Verbot von Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen‘ häufig dazu genutzt, Veranstaltungen nicht zu genehmigen, Druck auf Medien auszuüben oder LGBTI-Aktivistinnen und -Aktivisten beispielsweise für das Schwenken einer Regenbogenfahne kurzzeitig festzusetzen.“²

Die nachfolgenden Beispiele geben einen Eindruck der Verfolgung von LGBTI-Aktivist_innen unter dem „Propaganda-Gesetz“. Sie decken jedoch bei weitem nicht die ganze Breite der Verfolgung von LGBTI ab.

Am 18. Oktober 2017 wurde die LGBTI-Aktivistin Evdokia Romanova von einem Gericht in Samara wegen „Propaganda von nichttraditionellen sexuellen Beziehungen gegenüber Minderjährigen“ zu einer Geldstrafe von 50.000 Russischen Rubel (etwa 570 Euro) verurteilt, weil sie 2015 und 2016 in den sozialen Medien Links zur Internetseite der internationalen Organisation *Jugendkoalition für sexuelle und reproduktive Rechte (Youth Coalition for Sexual and Reproductive Rights)* geteilt hatte.³

Im Oktober 2019 wurden auf Basis des „Propaganda-Gesetzes“ Berichten der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* zufolge zwei Online-LGBTI-Netzwerke verboten, die daraufhin ihre Internetseiten löschen mussten.⁴

Seit einigen Monaten ist die Künstlerin und Aktivistin Yulia Tsvetkova Zielscheibe einer offen homofeindlichen Kampagne sowie von homofeindlichen Aktivitäten der Behörden, weil sie sich für die Rechte von Frauen und LGBTI einsetzt. Sie wird schikaniert und sowohl strafrechtlich als auch auf Basis des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten verfolgt. Am 22. November 2019 wurde Yulia Tsvetkova unter Hausarrest gestellt. Gegen sie wurde eine „Untersuchung“ wegen „Herstellung und Verbreitung von pornographischem Material“ eingeleitet, im Falle einer Verurteilung drohen ihr bis zu sechs Jahre Gefängnis. Der Grund für das Strafverfahren gegen sie sind von ihr gezeichnete Frauenakte.

Zudem wird gegen Yulia Tsvetkova auch mit Hilfe des „Propaganda-Gesetzes“ vorgegangen. Am 11. Dezember 2019 wurde eine Geldstrafe in Höhe von 50.000 Rubel (etwa 570 Euro) gegen sie verhängt, weil sie die Administratorin zweier LGBTI-Online-Communities ist. In der Begründung heißt es, dass auf den Online-Plattformen „Werbung für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen zwischen Minderjährigen“ gezeigt werde. Seit dem 16. März 2020 befindet sich Yulia Tsvetkova nicht mehr im Hausarrest. Sie unterliegt jedoch weiterhin strengen Reisebeschränkungen.

Am 10. Juli 2020 wurde Yulia Tsvetkova in einem weiteren Verfahren nach Paragraph 6.21 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten zu einer Geldstrafe in Höhe von 75.000 Rubel (etwa 850 Euro) verurteilt. Die Verurteilung auf Basis der Social-Media-Veröffentlichung einer Zeichnung „Familie ist dort, wo Liebe ist. Unterstützt LGBT+-Familien“. Amnesty International fordert, dass sowohl die strafrechtlichen als auch die administrativen Verfahren gegen Yulia Tsvetkova eingestellt werden.⁵

² Bundestag Drucksache 19/3061 (03/ 2019): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Kai Gehring, Sven Lehmann, Ullie Schauws, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. URL: <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/090/1909077.pdf> (S.14)

³ Amnesty International (2017): LGBTI-Aktivistin verurteilt. URL: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/lgbti-aktivistin-verurteilt>

⁴ Human Rights Watch (10/2019): Russia Censors LGBT Online Groups. URL: <https://www.hrw.org/news/2019/10/08/russia-censors-lgbt-online-groups>

⁵ Amnesty International (2020): Aktivistin für LGBTI- und Frauenrechte in Haft. URL: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/aktivistin-fuer-lgbti-und-frauenrechte-haft>;
Amnesty International (2020): Hausarrest aufgehoben. URL: <https://www.amnesty.de/mitmachen/erfolg/hausarrest-aufgehoben>



Wie der Fall von Yulia Tsvetkova zeigt, gibt es auch Fälle strafrechtlicher Verfahren gegen Personen wegen Äußerungen zu LGBTI-Themen. Im November 2019 eröffneten die Behörden Berichten von *Human Rights Watch* zufolge ein Strafverfahren wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern gegen Maksim Pankratov, nachdem dieser in einem YouTube-Video mit Kindern über sein Leben als homosexueller Mann in Russland gesprochen hatte.⁶

Über die unmittelbare Anwendung hinaus hat das „Propaganda-Gesetz“ eine abschreckende Wirkung auf LGBTI und schürt das ohnehin verbreitete und insbesondere von der russisch-orthodoxen Kirche unterstützte zutiefst feindselige Klima für LGBTI in Russland. Das Gesetz trägt zu einer staatlichen Legitimierung LGBTI-feindlicher Ansichten in der Bevölkerung bei. Die russische Nichtregierungsorganisation *Russian LGBT Network* berichtet, dass Politiker_innen und andere bekannte Persönlichkeiten, die die öffentliche Meinung beeinflussen, Hassrede gegenüber LGBTI betrieben – ohne Angst vor rechtlichen Konsequenzen. In den Medien würden LGBTI-Menschen in der Regel negativ dargestellt.⁷

In der russischen Gesellschaft sind homofeindliche Ansichten weit verbreitet. Im Dezember 2017 befragte das unabhängige Meinungsforschungsinstitut *Yuri Levada Analytical Center*⁸ 1.600 russische Staatsbürger_innen in 48 Regionen des Landes. 69 Prozent der Befragten gaben an, es sei immer falsch, wenn Erwachsene des gleichen Geschlechts sexuelle Beziehungen miteinander haben. Nur acht Prozent gaben an, dass daran nichts Falsches sei.⁹ Laut einer Umfrage des gleichen Instituts unter 800 Personen im Jahr 2015 gaben 37 Prozent der Befragten an, Homosexualität sei „eine Krankheit, die medizinisch behandelt werden muss“, 26 Prozent hielten Homosexualität für „eine Form der Unmoral, eine Promiskuität und eine schlechte Angewohnheit“ und nur 11 Prozent sahen in Homosexualität „eine angeborene sexuelle Orientierung, die die gleichen Rechte wie die Heterosexualität verdient“.¹⁰ Auf die Frage, wie sie auf ein homosexuelles Paar in ihrer Nachbarschaft reagieren würden, gaben 41 Prozent „extrem negativ“ und 25 Prozent „besorgt“ an. 29 Prozent der Befragten gaben an, sie würden „ohne jegliche Emotion“ reagieren, und weniger als ein Prozent gab an, sie würden „positiv“ auf ein homosexuelles Paar in ihrer Nachbarschaft reagieren.¹¹

Zusätzlich befeuert wurden diese homofeindlichen Ansichten im Zuge der Volksabstimmung am 1. Juli 2020 über eine Verfassungsänderung, die – neben zahlreichen weiteren Änderungen – festlegte, dass der Staat die Ehe als „Verbindung aus Mann und Frau“ zu schützen habe. Ein Vertreter der russischen LGBTI-Organisation *Coming Out* zeigte sich besorgt, dass LGBTI-feindliche Äußerungen der Regierung in der Gesellschaft als „Handlungsanweisung“ verstanden würden. Er befürchte, dass die

⁶ Human Rights Watch (2019): Russia: Criminal Charges for Gay-Friendly Chat Show. URL: <https://www.hrw.org/news/2019/11/15/russia-criminal-charges-gay-friendly-chat-show>

⁷ Russian LGBT Network (2018): Monitoring of discrimination and violence based on sexual orientation and gender identity in Russia in 2016-2017. URL: <https://lgbtnet.org/sites/default/files/discrimination.pdf>

⁸ Das Yuri Levada Analytical Center ist das einzige vom russischen Staat bzw. russischen staatlichen Investitionen unabhängige Meinungsforschungsunternehmen in der Russischen Föderation. 2016 wurde das Institut durch russische Behörden als sogenannter „ausländischer Agent“ eingestuft.

⁹ Yuri Levada Analytical Center (2018): Tabu. Moskau. URL: <https://www.levada.ru/en/2018/02/02/tabu/>

¹⁰ Yuri Levada Analytical Center (2015): Homophobia. Moskau. URL: <https://www.levada.ru/en/2015/06/10/homophobia/>

¹¹ Yuri Levada Analytical Center (2015): Homophobia. Moskau. URL: <https://www.levada.ru/en/2015/06/10/homophobia/>



Verfassungsänderung homofeindliche Ansichten in der Bevölkerung befördern und zu einer Zunahme von Gewalt in Form von Hassrede und Hassverbrechen führen werde.¹²

Russische LGBTI-Organisationen berichten, dass am 14. Juli 2020 ein diskriminierender und LGBTI-feindlicher Gesetzentwurf in die Duma eingebracht wurde, der laut den Autor_innen des Gesetzentwurfs die „traditionelle Familie“ stärken solle. Ausgehend von der Verfassungsänderung sehe der Gesetzentwurf unter anderem vor, in Artikel 14 des Familiengesetzbuches die Bestimmung zu ergänzen, dass die Ehe zwischen Personen des gleichen Geschlechts nicht erlaubt sei. In seiner aktuellen Fassung verbiete das russische Familiengesetzbuch gleichgeschlechtliche Ehen nicht explizit; das Gesetz sehe allerdings vor, dass für die Eheschließung die gegenseitige freiwillige Zustimmung eines Mannes und einer Frau erforderlich sei, so die Nichtregierungsorganisation *Coming Out*. Das bedeute, dass die Behörden derzeit keine gleichgeschlechtlichen Ehen anerkennen. Auch wenn die geplante Gesetzesänderung die faktische Lage für gleichgeschlechtliche Paare nicht ändere, verankere der Gesetzentwurf konservative Ansichten über die Ehe als eine Vereinigung von Mann und Frau, so *Coming Out*.¹³

2. In welchem Ausmaß kommt es zu Übergriffen durch nichtstaatliche Akteure gegen Homosexuelle wegen ihrer sexuellen Orientierung, wenn diese bekannt oder erkennbar ist? Welcher Art sind diese Übergriffe? Sind die staatlichen Behörden bereit und fähig, effektiven Schutz vor solchen Übergriffen zu bieten? Gehen Polizei und Staatsanwaltschaft Anzeigen Betroffener nach? Kommt es zu Ahndungen von Übergriffen durch die Justiz?

3. Können Zahlen zu Verfolgungsgeschehen und -dichte (Anzahl der Opfer, Schwere der Schädigungen) sowie zur Verfolgungs- und Aufklärungsquote im Bereich homophob motivierter Übergriffe angegeben werden (wenn möglich für verschiedene Städte und Regionen)? Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit für Homosexuelle, deren sexuelle Orientierung bekannt oder erkennbar ist, Opfer solcher Übergriffe zu werden? Wie stellt sich die Entwicklung in den letzten zehn Jahren dar, insbesondere seit Inkrafttreten des Gesetzes zum Verbot der Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen gegenüber Minderjährigen?

Fragen 2 und 3 werden im Zusammenhang beantwortet.

Amnesty International liegt keine vollständige Dokumentation von homofeindlich motivierten Übergriffen durch nichtstaatliche Akteur_innen und deren Ahndung vor. Auch über Zahlen zu Verfolgungsgeschehen und -dichte sowie Verfolgungs- und Aufklärungsquote verfügt Amnesty International nicht. Offizielle Zahlen darüber sind uns nicht bekannt, zumal Hassverbrechen gegen Menschen, die durch deren sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität motiviert sind, in Russland praktisch nicht nach dem dortigen „Gesetz gegen Hassverbrechen“ verfolgt werden.

Das Forschungsinstitut *SOVA Center for Information and Analysis* veröffentlicht seit einigen Jahren einen jährlichen Bericht zu Hasskriminalität in Russland. Darin werden auch Angriffe auf LGBT-Personen erfasst. Im Jahr 2019 erfasste SOVA ein Mordopfer und sieben Verletzte und Geschlagene aufgrund von Angriffen gegen LGBT, darunter Übergriffe im Rahmen von LGBT-Veranstaltungen, aber auch Straßenganriffe auf Personen, die für homosexuell gehalten wurden.

Bei dem von *SOVA* dokumentierten Todesopfer handelt es sich um die Tötung der offen bisexuellen LGBTI-Aktivistin Elena Grigorieva am 19. Juli 2019 in Sankt Petersburg. Das *SOVA Center* berichtet,

¹² AP News (2020): Russian constitution change ends hopes for same-sex marriage. URL: <https://apnews.com/74065448f5f264390496dba86b4d111c>

¹³ Coming Out (2020): What is wrong with the new bill? URL: <https://comingoutspb.com/eng/news/what-is-wrong-with-the-new-bill/>



dass ihr Name zuvor auf einer Liste der Internetseite der homofeindlichen Gruppe „Pila“ veröffentlicht worden sei und sie Drohnachrichten erhalten habe, auf die die Polizei nicht reagiert habe. Die Polizei gehe davon aus, dass Grigoriewa in einem privaten Streit getötet worden sei und habe in diesem Zusammenhang einen Verdächtigen festgenommen.¹⁴

Im Jahr 2018 registrierte SOVA ein Mordopfer und fünf Verletzte; im Jahr 2017 waren es 11 Verletzte und im Jahr 2016 ein Mordopfer und vier Verletzte. Das Institut weist darauf hin, dass es in Russland keine offiziellen Statistiken über die Opfer von LGBT-feindlicher Gewalt gebe und die Datenbasis des Instituts sehr klein sei. Die tatsächliche homofeindliche Gewalt liege vermutlich deutlich höher.¹⁵

Die russische Nichtregierungsorganisation *Russian LGBT Network* dokumentierte für die Jahre 2016 und 2017 104 Vorfälle physischer Gewalt gegen LGBTI, darunter 11 Tötungen.¹⁶

Im Jahr 2020 veröffentlichte das *Russian LGBT Network* die Ergebnisse einer Umfrage, in der insgesamt 6.757 Online-Fragebögen von LGBTI-Personen in Russland ausgewertet wurden. Die Zahlen geben einen Eindruck, wie verbreitet Gewalt gegenüber LGBTI in Russland ist: 11,6 Prozent der Befragten gaben an, mindestens einmal aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Opfer von physischer Gewalt worden zu sein. 56,2 Prozent hatten psychische Gewalt erlebt. Vier Prozent der Befragten gaben an, bereits Opfer von sexueller Gewalt geworden zu sein. Laut dem Netzwerk zeige dieses Ergebnis, dass ein Großteil der LGBTI-Personen sich in Russland nicht sicher fühle.¹⁷

In einer Umfrage von *Human Rights Watch* im Jahr 2017 unter homosexuellen Jugendlichen beschrieben die Befragten „Gefühle intensiver Angst, ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität in ihrem täglichen Leben preiszugeben, sowie Misstrauen gegenüber Personen und Systemen, die ihnen Sicherheit und Zuflucht bieten sollten.“ Einige berichteten, dass sie in und außerhalb der Schule bedroht und körperlich missbraucht worden seien.¹⁸

In diesem Zusammenhang verweisen wir erneut auf die Antwort der Bundesregierung auf eine Große Anfrage im März 2019, der zufolge, „LGBTI-Personen regelmäßig Opfer von Diskriminierung und auch homophober Gewalt werden.“¹⁹

¹⁴ SOVA Center for Information and Analysis (2020): Criminal Activity of the Ultra-Right. Hate Crimes and Counteraction to Them in Russia in 2019. URL: <https://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2020/02/d42031/>

¹⁵ SOVA Center for Information and Analysis (2020): Criminal Activity of the Ultra-Right. Hate Crimes and Counteraction to Them in Russia in 2019. URL: <https://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2020/02/d42031/>;

SOVA Center for Information and Analysis (2019): Far Right and Arithmetic: Hate Crime in Russia and Efforts to Counteract It in 2018. URL: https://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2019/02/d40603/#_ftnref19;

SOVA Center for Information and Analysis (2018): Xenophobia in Figures: Hate Crime in Russia and Efforts to Counteract It in 2017. URL: <https://www.sova-center.ru/en/xenophobia/reports-analyses/2018/02/d38830/>.

¹⁶ Russian LGBT Network (2018): Monitoring of discrimination and violence based on sexual orientation and gender identity in Russia in 2016-2017. URL: <https://lgbtnet.org/sites/default/files/discrimination.pdf>

¹⁷ Russian LGBT Network (2020): Monitoring discrimination against LGBTQ+ people in Russia. Quantitative data (2020). URL: https://lgbtnet.org/sites/default/files/monitoring_data_report_2019.pdf (S. 8-9)

¹⁸ Human Rights Watch (2018): No Support - Russia's "Gay Propaganda" Law Imperils LGBT Youth. URL: <https://www.hrw.org/report/2018/12/11/no-support/russias-gay-propaganda-law-imperils-lgbt-youth>

¹⁹ Bundestag Drucksache 19/3061 (03/ 2019): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Kai Gehring, Sven Lehmann, Ulle Schauws, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. URL: <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/090/1909077.pdf> (S.14)



Das *Russian LGBT Network* berichtet, dass körperliche Gewalt gegen LGBTI seit 2012 häufig im Rahmen vermeintlicher Dates stattfindet. Opfer dieser Art von Gewalt seien insbesondere homosexuelle Männer, die mithilfe von gefälschten Profilen auf Onlinedating-Plattformen zu Treffen gelockt würden. Dort würde dann bereits eine organisierte Gruppe aggressiver Männer auf das Opfer warten und es demütigen, schlagen und erpressen. In einigen Fällen würden die Täter die gewaltsamen Übergriffe per Video dokumentieren und inklusive der persönlichen Daten des Opfers ins Internet stellen.²⁰

Neben physischen Angriffen werden LGBTI regelmäßig zur Zielscheibe von Drohungen. Der LGBTI-Aktivist Igor Kochetkov aus Sankt Petersburg, der sich für eine Aufklärung der Gewaltkampagne gegen homosexuelle Männer in Tschetschenien einsetzt, hat 2019 Morddrohungen erhalten. Im Januar 2019 wurde in sozialen Medien ein Video verbreitet, in dem er beleidigt und mit dem Tode bedroht wurde. Obwohl Kochetkov Beschwerde gegen die Ersteller_innen des Videos einreichte, leitete die Polizei keinerlei offizielle Ermittlung ein.²¹

Insgesamt ist festzustellen, dass die Verabschiedung des „Propaganda-Gesetzes“ 2013 mit einem Anstieg der homofeindlichen Gewalt im ganzen Land einherging. *Human Rights Watch* dokumentiert, dass es überall in Russland eine Zunahme von Angriffen durch homofeindliche Bürgerwehrguppen und Einzelpersonen gegen LGBTI-Personen sowie immer mehr Übergriffe gegen LGBTI-Aktivist_innen gab.²² Die LGBTI-Aktivistin Polina Andrianova sagte gegenüber Amnesty International, dass die Folgen des „Propaganda-Gesetzes außerhalb der Gerichte am gravierendsten wären, da das Gesetz eine homofeindliche Haltung rechtfertige und homophober Gewalt grünes Licht gebe.²³

Personen, die gegen das „Propaganda-Gesetz“ protestierten, wurden zur Zielscheibe von Aggressionen und Mobgewalt. So wurde beispielsweise in St. Petersburg ein Aktivist, der sich zum Protest mit einer Regenbogenfahne in einen Park stellte, von fremden Männern umzingelt, bedroht und geschubst. Die Polizei trennte den Aktivist und die Angreifer, nahm dann jedoch den Aktivist und nicht seine Angreifer fest.²⁴

Dieser Vorfall weist auf einen größeren Trend hin: Die russischen Behörden gewähren LGBTI keinen angemessenen Schutz vor Angriffen. Gewalttaten gegen LGBTI werden oft nicht hinreichend aufgeklärt und Verantwortliche nicht zur Rechenschaft gezogen. So berichtet *Human Rights Watch*, dass Opfer homofeindlicher Gewalt kaum eine Möglichkeit haben, Schutz und Gerechtigkeit zu erlangen. Es herrsche praktisch Straffreiheit für homofeindliche Verbrechen. In den von *Human Rights Watch* dokumentierten Fällen reagierte die Polizei oft abweisend auf die Beschwerden der Opfer, spielte die Schwere der Angriffe herunter oder beschuldigte die Opfer, ihre sexuelle Orientierung zur Schau

²⁰ Russian LGBT Network (2018): Monitoring of discrimination and violence based on sexual orientation and gender identity in Russia in 2016-2017. URL: <https://lgbtnet.org/sites/default/files/discrimination.pdf>

²¹ Amnesty International (2019): Russia: Two years after Chechnya's gay purge victims still seek justice as LGBTI defender receives death threats. URL: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/04/russia-two-years-after-chechnyas-gay-purge-victims-still-see-justice-as-lgbti-defender-receives-death-threats/>

²² Human Rights Watch (2018): No Support. Russia's "Gay Propaganda" Law Imperils LGBT Youth. URL: https://www.hrw.org/sites/default/files/report_pdf/russia1218_web2.pdf#page=25;

Human Rights Watch (2014): License to Harm: Violence and Harassment Against LGBT People and Activists in Russia. URL: <https://www.hrw.org/report/2014/12/15/license-harm/violence-and-harassment-against-lgbt-people-and-activists-russia>.

²³ Amnesty International (2014): "My freedom defends yours": Propaganda and truth about homophobia in Russia". URL: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2014/10/my-freedom-defends-yours-propaganda-and-truth-about-homophobia-russia/>

²⁴ Amnesty International (2014): My freedom defends yours: Propaganda and truth about homophobia in Russia. URL: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2014/10/my-freedom-defends-yours-propaganda-and-truth-about-homophobia-russia/>



gestellt zu haben. In einigen Fällen machten sie offen homofeindliche Bemerkungen. Zudem duldeten sie in einem von *Human Rights Watch* dokumentierten Fall ausdrücklich homofeindliche Gewalt und zeigten sich solidarisch mit den Angreifer_innen. Selbst in Fällen, in denen die Polizei die Täter_innen unmittelbar nach dem Angriff festnahm, seien die Opfer nicht wirksam geschützt worden. In 22 der 78 von *Human Rights Watch* dokumentierten Fälle von homo- und transfeindlicher Gewalt entschieden sich die Opfer gegen eine Anzeige, da sie der Polizei nicht vertrauten, weitere Demütigungen und Gewalt fürchteten oder aufgrund vergangener Erfahrungen davon ausgingen, dass die Polizei sowieso keine effektive Untersuchung durchführen würde.²⁵ Diese Berichte decken sich mit den Erkenntnissen von Amnesty International.

Der nachfolgende Fall verdeutlicht die unzureichende Verfolgung LGBTI-feindlicher Gewalt: Wie *Human Rights Watch* schildert, seien Roman Edalov und sein Partner Evgeny Efimov am 29. Juni 2019 im Stadtzentrum von Moskau von einem Mann homofeindlich beleidigt und mit einem Messer angegriffen worden. In Folge dieses Angriffs habe Roman Edalov tödliche Verletzungen durch Stichwunden erlitten. Auch Evgeny Efimov wurde verletzt, überlebte jedoch. Daraufhin sei ein Verfahren wegen Mord eröffnet worden, jedoch nicht unter dem Motiv des Hassverbrechens. Der Täter sei zwar für den Angriff auf Evgeny Efimov verurteilt worden, aber nicht für den tödlichen Messerangriff auf Roman Edalov.²⁶

Das *US Department of State* berichtet, basierend auf Informationen des *Russian LGBT Network*, vom Fall des Teenagers Vlad Pogorelov aus Wolgograd. Pogorelov sei 2017 im Alter von 17 Jahren von homofeindlichen Personen, die sich auf einer Dating-Website als schwule Jugendliche ausgaben, zu einem Treffen gelockt, geschlagen und ausgeraubt worden. Pogorelov erstattete daraufhin Anzeige bei der Polizei, die zwar eine strafrechtliche Untersuchung des Angriffs einleitete, diese jedoch innerhalb eines Monats unter Berufung auf die „geringe Bedeutung“ des Angriffs einstellte und Pogorelov informierte, dass die Polizei nicht in der Lage sei, LGBTI-Personen zu schützen. Im Juni 2018 habe Pogorelov daraufhin bei der örtlichen Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen die Einstellung der strafrechtlichen Ermittlungen eingelegt. Trotzdem habe sich die Polizei geweigert, das Strafverfahren wegen des gewaltsamen Übergriffs auf Pogorelov wieder aufzunehmen mit der Begründung, dass sie „Hass und Feindseligkeit“ nicht als Motiv der Angreifer_innen anerkannten. Stattdessen sei gegen die Angreifer_innen lediglich eine Geldstrafe von jeweils 5.000 Rubel (55 Euro) verhängt worden.²⁷

Die Nichtregierungsorganisation *Russian LGBT Network* stellt in einem Bericht fest, dass die Polizei oft behaupte, keine Beweise für eine Straftat gefunden zu haben, oder sich systematisch weigere, Angriffe auf LGBTI als Hassverbrechen anzuerkennen, wodurch Täter_innen nicht voll zur Verantwortung gezogen würden. Zudem riskierten LGBTI, die Angriffe zur Anzeige bringen, von der Polizei vor ihren Angehörigen oder am Arbeitsplatz geoutet zu werden. Ein solches Zwangsouting gegenüber homofeindlichen Familien könne für die Betroffenen dazu führen, dass sie verstoßen werden, Opfer von körperlicher Gewalt oder sogar getötet werden. LGBTI schreckten deswegen oft davor zurück, Angriffe zur Anzeige zu bringen. Die mangelnde Strafverfolgung für gewaltsame Übergriffe gegen LGBTI führe in

²⁵ Human Rights Watch (2014): License to Harm: Violence and Harassment Against LGBT People and Activists in Russia. URL: <https://www.hrw.org/report/2014/12/15/license-harm/violence-and-harassment-against-lgbt-people-and-activists-russia>.

²⁶ Human Rights Watch (2020): Man Killed in Homophobic Attack in Moscow Deserves Justice. URL: <https://www.hrw.org/news/2020/02/10/man-killed-homophobic-attack-moscow-deserves-justice>

²⁷ US Department of State (2019): 2019 Country Reports on Human Rights Practices: Russia. URL: <https://www.state.gov/reports/2019-country-reports-on-human-rights-practices/russia/>



der Konsequenz zu Straffreiheit und einer Zunahme an Gewalt.²⁸ Diese Erkenntnisse entsprechen der Einschätzung von Amnesty International.

In einem Bericht des *US Department of State* zur Menschenrechtslage in Russland 2018 wird von Gewalt, Drohungen und Schikanen durch staatliche Akteur_innen gegenüber LGBTI berichtet. So habe beispielsweise die Polizei in Pjatigorsk am 14. September 2018 einen Studenten bedroht, nachdem dieser sich über das städtische Verbot zur Ausrichtung einer LGBTI-Veranstaltung beschwert hatte. Die Polizei habe ihn aufgefordert, seine Bitte um die Durchführung der Demonstration fallen zu lassen und erwähnt, dass die Polizei, falls während der Demonstration „etwas passieren sollte“, möglicherweise nicht in der Lage sei, die Teilnehmer_innen zu schützen. Sie versuchten auch, den Studenten dazu zu bringen, die Namen anderer LGBTI-Aktivist*innen preiszugeben, und drohten damit, ihn an seine Eltern, Familienmitglieder und Bekannten zu „outen“.²⁹

Die Gewalt gegen LGBTI im Nordkaukasus ist besonders hoch. Speziell in Tschetschenien hat die Verfolgung von LGBTI und Personen, die für homosexuell gehalten werden, dramatische Ausmaße angenommen. Im April 2017 wurde bekannt, dass in Tschetschenien mehr als 100 Männer, die als schwul galten, in einer koordinierten Gewaltkampagne verschleppt und in Geheimgefängnissen gefoltert und anderweitig misshandelt wurden.³⁰ Amnesty International liegen hierzu eigene Erkenntnisse und Zeugenaussagen vor. Mindestens drei Männer wurden von ihren Entführer_innen getötet. Vermutlich ist die Zahl der Ermordeten jedoch um einiges höher.³¹

Bislang wurde für diese Taten niemand zur Verantwortung gezogen. Behördenvertreter_innen sowohl in Tschetschenien als auch in Moskau haben die Vorwürfe immer bestritten. Die tschetschenische Führung leugnet, dass es in Tschetschenien überhaupt schwule Männer gibt. Auch ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren, das den erhobenen Vorwürfen des Überlebenden Maxim Lapunov hätte nachgehen sollen, wurde eingestellt. Maxim Lapunov ist das einzige Opfer, das offen über das Erlebte spricht.³² Im Mai 2019 rief Maxim Lapunov den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an, der seine Beschwerde im November zur Entscheidung annahm.³³

Dieses Klima der Straflosigkeit führte zu einer weiteren Welle homofeindlicher Gewalttaten in Tschetschenien in 2018. Mindestens 40 Personen wurden willkürlich inhaftiert und gefoltert.³⁴ Zwei von ihnen sollen zu Tode gefoltert worden sein. Trotz internationalen Drucks haben die Behörden auch in diesen Fällen keine Untersuchungen eingeleitet. Dass keiner der Verantwortlichen von 2017 vor Gericht zur Rechenschaft gezogen wurde, trug mit Sicherheit dazu bei, dass die homosexuellenfeindliche Verfolgung 2018 wieder aufgenommen wurde.

²⁸ Russian LGBT Network (2018): Monitoring of Discrimination and Violence based on Sexual Orientation and Gender Identity in Russia in 2016-2017. URL: <https://lgbtnet.org/sites/default/files/discrimination.pdf>.

²⁹ US Department of State (2018): Russia 2018 Human Rights Report. URL: <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2019/03/RUSSIA-2018-HUMAN-RIGHTS-REPORT.pdf>

³⁰ Amnesty International (2017): UA-080/2017: LGBTI entführt und getötet. URL: <https://www.amnesty.de/urgent-action/ua-080-2017/lgbti-entfuehrt-und-getoetet>

³¹ Amnesty International (2019): UA-002/2019: Massive Verfolgung von LGBTI. URL: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/massive-verfolgung-von-lgbti>

³² Amnesty International (2019): UA-002/2019: Massive Verfolgung von LGBTI. URL: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/massive-verfolgung-von-lgbti>

³³ Amnesty International (2020): Amnesty International Report 2019. URL: <https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/russische-foederation-russland-2019#section-11763841>

³⁴ Amnesty International (2019): UA-002/2019: Massive Verfolgung von LGBTI. URL: <https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/massive-verfolgung-von-lgbti>



In Tschetschenien gibt es auch immer wieder Berichte von „Ehrenmorden“ an LGBTI durch ihre Familienangehörigen, wie ein Bericht des OSZE-Sonderberichterstatters Dr. Benedek bestätigt. Die Familien würden straffrei davonkommen.³⁵

4. Gibt es regionale Unterschiede? Wie stellt sich die Situation in größeren Städten (insbesondere St. Petersburg und Moskau) dar?

Wie in der Antwort auf die Fragen 2 und 3 dargelegt, kommt es in der gesamten russischen Föderation zu Diskriminierung und Gewalt gegen LGBTI. Auch in größeren Städten sind LGBTI von gewaltsamen Übergriffen bedroht, wie die verschiedenen obenstehenden Berichte, u.a. aus Sankt Petersburg und Moskau, illustrieren. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass St. Petersburg im März 2012 zu den ersten Städten gehörte, die das „Propaganda-Gesetz“ auf lokaler Ebene beschlossen.³⁶

Wie oben dargestellt sind LGBTI im Nordkaukasus besonders gefährdet und müssen um ihr Leben fürchten. Es gibt zudem Fälle, in denen LGBTI aus Tschetschenien in anderen Gebieten Russlands ausfindig gemacht und entführt wurden. Amnesty International kann hier auf einen Fall verweisen, den auch die Zeitung *Novaya Gazeta* aufgegriffen hat: Im Zuge der Verfolgung von als homosexuell wahrgenommenen Personen in Tschetschenien gelang es einem Mann, nach St. Petersburg zu fliehen. Dort wurde er von seinem Vater und vier nicht identifizierten Personen ausfindig gemacht, die anschließend versuchten, ihn zu entführen. Nur aufgrund einer schnellen Reaktion seines Anwalts und des LGBT-Netzwerks konnte die Entführung verhindert werden.³⁷

Ebenso bestätigt ein Bericht des OSZE-Sonderberichterstatters Dr. Bendiek zur Verfolgung von LGBTI in Tschetschenien, dass LGBTI-Personen aus Tschetschenien auch in Moskau und anderen Gebieten Russlands nicht sicher sind, da es bestätigte Fälle gibt, in denen sie, teils mithilfe russischer Behörden, entführt und nach Tschetschenien zurückgebracht wurden.³⁸

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Informationen weitergeholfen zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

³⁵ Dr. Wolfgang Benedek (2018): OSCE Rapporteur's Report under the Moscow Mechanism on alleged Human Rights Violations and Impunity in the Chechen Republic of the Russian Federation. Warschau. URL: <https://www.osce.org/odihr/407402?download=true> (S.17)

³⁶ Auswärtiges Amt Pressemitteilung (2013): Menschenrechtsbeauftragter zu Russland: „Gesetz gegen Homosexuellen-Propaganda“. URL: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/130612-mrhhb-russland/256294>

³⁷ Novaya Gazeta (2018). URL: <https://www.novayagazeta.ru/articles/2018/07/16/77180-eto-nash-muzhchina-nashi-dela-i-my-sami-razberem-sya>

³⁸ Dr. Wolfgang Benedek (2018): OSCE Rapporteur's Report under the Moscow Mechanism on alleged Human Rights Violations and Impunity in the Chechen Republic of the Russian Federation. URL: <https://www.osce.org/odihr/407402?download=true>

